

# SPANIEN

## Gewerkschaftsmonitor

August 2022

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Der soziale Dialog in Spanien ist in den vergangenen zwei Jahren zu einem zentralen Motor der soziökonomischen Entwicklung geworden. Für die Koalitionsregierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez ist die Einbindung der Sozialpartner in der Formulierung von Gesetzen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von hoher Priorität. Unter der Ägide der Ministerin für Arbeit und soziale Wirtschaft, Yolanda Díaz von der kommunistischen Partei Spaniens (PCE), konnten die Sozialpartner und die Koalitionsregierung zahlreiche Gesetze auf den Weg bringen.

Der Regierungsbildung im Januar 2020 waren zwei politisch turbulente Jahre vorausgegangen. Nach dem von Pedro Sánchez initiierten erfolgreichen Misstrauensvotum gegen den konservativen Premier Mariano Rajoy (2018) wurden die Spanier\_innen in kürzester Zeit mehrfach zur Wahlurne gerufen, da es zunächst nicht gelang, eine stabile Regierung zu bilden und Mehrheiten im Parlament für wichtige Gesetzesvorhaben zu finden.

Bei den Wahlen am 10. November 2019 erhielt die PSOE 28 Prozent (-0,67 Prozent), die konservative PP 20,82 Prozent (+4,13 Prozent), die rechtspopulistische Partei VOX 15,09 Prozent (+5 Prozent), Unidas Podemos 12,84 Prozent (-1,48 Prozent), die liberale Ciudadanos 6,8 Prozent (-9,1 Prozent), außerdem zogen neun weitere kleinere und regionale Parteien ins nationale Parlament ein. Obwohl die Sitzverteilung die Regierungsbildung nicht – wie erhofft – erleichtert hat, gelang dieses Mal die Verhandlung eines Koalitionsvertrages für ein Mitte-Links Bündnis, das nach der Wahl im April seitens der PSOE noch ausgeschlossen worden war. So konnte in Spanien die erste Koalitionsregierung seit dem Übergang zur Demokratie Ende der 70er Jahre ans Werk gehen. Am 7. Januar 2020 wurde Pedro Sánchez, Chef der Partido Socialista Obrero Español (PSOE), erneut zum Ministerpräsidenten Spaniens gewählt und bildete das Kabinett Sanchez II. Die Koaliti-

onsregierung ist mit dem Vorhaben angetreten, die Ungleichheit abzubauen, Wirtschaft und Verwaltung zu modernisieren und den ökologischen und digitalen Umbau voranzutreiben. Für parlamentarische Mehrheiten ist sie auf die Stimmen der baskischen, katalanischen und galizischen Regionalparteien angewiesen. Diese politische Gemengelage wird vonseiten der rechtskonservativen/-populistischen Parteien für politische Polarisierung (gegen die »separatistischen Feinde des spanischen Staates«) weidlich ausgenutzt.

Die politische Landschaft in Spanien ist weiterhin durch einen starken Gegensatz von linken und rechten Kräften und heftige Auseinandersetzungen zwischen den rechtskonservativen und progressiven Parteien sowie durch starke regionalistische Tendenzen geprägt. Die Parteienlandschaft, die sich seit 2015 mit dem Erstarken einer (rechts-)liberalen Partei (Ciudadanos), einer linken Partei (Podemos) und einer rechtspopulistischen Partei (VOX) aufsplitterte, verliert gegenwärtig ihre gerade erst gewonnene Vielfalt. Während sich die Rechtspopulisten konsolidieren und ihre Stimmenanteile ausbauen, verlieren die beiden anderen jungen Parteien massiv bei Wahlen auf regionaler Ebene.

#### WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Auch das zweite Jahr der Pandemie hat in Spanien seine Spuren hinterlassen. Wirtschaftlich gehört Spanien nach wie vor zu den Ländern, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind. 2020 schrumpfte das spanische BIP um 11 Prozent, was vor allem durch den starken Einbruch im Tourismus zu begründen ist. Die Zahl der Erwerbstätigen sank auf 18,8 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 47 Millionen. Im Laufe des Jahres 2021 verbesserte sich die Beschäftigungsquote unerwartet schnell, das Beschäftigungsniveau ist heute höher als vor der Finanzkrise 2008. Die Zahl der Arbeitslosen wird mit 2 880 582 (bei Antritt der Regierung im Januar 2020 lag die Zahl bei 3 313 000) angegeben. Die Arbeitslosenquote lag im Januar 2022 bei 14,1 Prozent – in etwa auf demselben Niveau wie 2019 vor der Pandemie (im Frühjahr 2021 bei 16,1 Prozent).

Die Erholung des Bruttoinlandsprodukts hinkt währenddessen hinter den anderen Euroländern hinterher. Im Zuge der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie stieg die Verschuldung Spaniens 2021 um 4,4 Prozent an, was etwa 60 000 Millionen Euro entspricht. Die Staatsverschuldung lag im März 2022 bei 1,274 Billionen Euro und somit bei einer Schuldenquote von rund 117 Prozent des BIP. 2021 lag das Wachstum bei 5 Prozent, für 2022 wurde ursprünglich ein Wachstum von 5,6 Prozent des BIP vorausgesagt. Im Juni 2022 wurde diese Prognose auf 4,1 Prozent gesenkt. Grund dafür sind die zusätzlichen Unsicherheitsfaktoren wie die hohe Inflation sowie der andauernde Krieg in der Ukraine. Die angestiegene Verschuldung ist das Ergebnis der staatlichen Maßnahmen (Direkthilfen, Kurzarbeit, etc.), mit denen die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abgefedert wurden. Anfang 2022 führte zusätzlich der Krieg in der Ukraine zu massiven Belastungen für die spanische Wirtschaft, wie die steigenden Energiepreise, die entsprechend abgefedert werden mussten.

Die Revision des Arbeitsrechts 2012, die die Macht der Arbeitgeber ausweitete und die Rechte von Arbeitnehmer\_innen und Gewerkschaften massiv einschränkte, trug einen erheblichen Teil zur schwachen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage bei. Ein weiterer Schlag für Arbeitnehmer\_innenrechte war das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit von 2015, das u. a. auch das gesetzlich verbriefte Streik- und Demonstrationsrechte der Arbeitnehmer\_innen eingeschränkt und die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften torpediert hat. Die Revision der demokratiefeindlichen Reform von 2015 stand lange auf der Agenda der progressiven Koalitionsregierung und wurde Ende 2021 nach langen Verhandlungen mit den Sozialpartnern schließlich verabschiedet. Mit der Reform wurde sich vor allem zum Ziel gesetzt, der hohen Zahl an befristeten Arbeitsverträgen entgegenzuwirken, die maßgeblich für die prekäre Lage vieler Arbeitnehmer\_innen verantwortlich waren. Durch die Reform sind diese nur noch unter bestimmten Umständen zulässig. Zudem sollen Unternehmen die Gründe für befristete Verträge besser begründen und stärker sanktioniert werden, falls sie sich nicht an die Vorschriften zur Zeitarbeit halten. Die beiden anderen wichtigen Schlüsselemente der Reform sind Regelungen für die Kurzarbeit (Expediente de Regulación Temporal de Empleo – ERTE), sowie die Neugewichtung der Tarifverhandlungen, die dem Vorrang der Betriebsvereinbarung in Lohnfragen ein Ende setzt. Die ERTEs haben sich während der Pandemie bewährt, indem den Unternehmen Alternativen zu Entlassungen in Krisenzeiten und den Arbeitnehmer\_innen gleichzeitig Perspektiven für eine Fortführung der Arbeit im Unternehmen geboten wurden. Mit Inkrafttreten der Reform am 30. März 2022 ließen sich positive Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt feststellen: Im April 2022 waren 48 Prozent der unterzeichneten Arbeitsverträge unbefristet; in den vorherigen Jahren waren es um die 10 Prozent. Insgesamt stieg der Anteil von unbefristeten Verträgen um 461 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Gleichermaßen sank die Quote der befristeten Verträge auf ein historisches Tief von 22 Prozent und der Anteil an Verträgen mit einer Laufzeit von weniger als sieben Tagen auf 28 Prozent (im Vorjahr waren es noch 75,8 Prozent). Der Anstieg von unbe-

fristeten Verträgen ist vor allem in den Bereichen zu verzeichnen, wo zuvor ein hoher Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse vorherrschte, zum Beispiel bei jungen Menschen, die in den Arbeitsmarkt eintreten, in der Tourismusbranche, im Gastgewerbe und im Bausektor. Auch in den Regionen im Süden des Landes und auf den Inseln lässt sich dieser Trend erkennen, da dort der Anteil befristeter Arbeitsverträge im Vergleich zu vor der Reform besonders hoch war.

Durch die verabschiedeten Maßnahmen wird prognostiziert, dass die Arbeitslosenquote (2022 etwa 13 Prozent) in den nächsten Jahren weiter sinken wird. Trotz der Erfolge gibt es noch sichtbare Defizite im spanischen Arbeitsmarkt. Von Langzeitarbeitslosigkeit waren im dritten Trimester 2021 noch immer 48 Prozent der Erwerbslosen betroffen. Bei der Schaffung von Perspektiven für junge Menschen gab es zuletzt kleinere Fortschritte und die Jugendarbeitslosigkeit sank erstmals seit der Finanzkrise auf unter 30 Prozent (29,2 Prozent im November 2021). Dies ist dennoch der zweithöchste Wert im europäischen Vergleich hinter Griechenland (39,1 Prozent).

Das nominale BIP pro Einwohner liegt in Spanien bei 23 510 Euro pro Jahr (2021, zum Vergleich: in Deutschland liegt es bei 35 290). Die Lebenserwartung ist nach Japan die zweithöchste der Welt (Frauen 86,3, Männer 80,7 Jahre). Im Human Development Index der Vereinten Nationen (2020) nimmt Spanien den 25. Rang (vor Frankreich und Italien) ein. Spanien gehört zugleich zu den Ländern mit einem hohen Grad an sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit, das spiegelt sich im Gini-Koeffizienten von 0,32 (2020) wider. 7 Prozent der Bevölkerung sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, 21 Prozent gehören zum armutsgefährdeten Bevölkerungsteil (2019). Der Anteil der Kinder, die armutsgefährdet oder in Armut leben, ist mit 31,8 Prozent (2020) europaweit einer der höchsten. Die Einkommensungleichheit und die soziale Immobilität haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Zusätzlich zur Pandemie wurde diese Entwicklung 2022 durch die Inflation und die steigenden Energiepreise verstärkt. Schon im November 2021 stiegen die Preise vor allem in den Bereichen Energie und Lebensmittel um 5,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat an. Im Mai 2022 lag die Inflationsrate bei 8,7 Prozent. Im Zuge der globalen Energiekrise, die durch die russische Invasion in die Ukraine ausgelöst wurde, ist auch Spanien stark von steigenden Gaspreisen betroffen. Die so genannte »iberische Ausnahme« soll zur Entlastung der Verbraucher\_innen beitragen: Durch die Deckelung des Gaspreises für den Zeitraum von vorerst einem Jahr, die durch die EU-Kommission für Spanien und Portugal genehmigt wurde, sollen die Strompreise massiv sinken. Bereits am ersten Deckelungstag im Juni 2022 wurde der Effekt dieser Maßnahme deutlich, indem der Strom um 23 Prozent billiger wurde. Zudem wird erwartet, dass diese Deckelung die Inflation in den nächsten Monaten um etwa acht Zehntelprozentpunkte senken wird. Demnach ist eine deutliche Entlastung für die Verbraucher\_innen erkennbar.

Um Menschen aus prekären Lebenssituationen zu holen, muss die spanische Regierung in Chancengerechtigkeit – Bildung und soziale Absicherung – investieren. Die lang andau-

ernde Wirtschaftskrise und die Folgen der Pandemie haben in Spanien den sozialen Zusammenhalt geschwächt. Dies gefährdet das Vertrauen in staatliche Institutionen und Demokratie als Regierungsform.

Die spanische Regierung versuchte 2021 die »Gunst der Stunde« des europäischen Wiederaufbaus für grundlegende Reformpläne zu nutzen. Ihr Plan für den Wiederaufbau (Plan de Recuperación y Resiliencia) strebt eine umfassende Modernisierung der spanischen Wirtschaft, Administration und Politik an. Mit Recht beschreibt Wirtschaftsministerin Nadia Calviño das Investitionsvorhaben als »die größte Chance für Spanien seit dem Beitritt zur EU« und spricht von der anstehenden »3. Modernisierung der spanischen Wirtschaft«. Auf der Grundlage der EU-Wirtschaftsprognosen im November 2020 zur Entwicklung des BIP und der Inflation wird Spanien den größten Anteil von Mitteln aus dem NextGenerationEU Fonds für den Wiederaufbau nach der Pandemie (gefolgt von Italien, Frankreich, Deutschland und Polen) in Anspruch nehmen können: Es wird rund 140 Milliarden aus dem NGEU Fonds beantragen können. Zusätzlich wurde der Betrag der Direktbeihilfen aus dem Fond für Spanien im Juni 2022 von 69 510 Millionen Euro auf 77 340 Millionen Euro erhöht. Dies gründet sich auf eine Neuberechnung der Verteilung, nach der die spanische Wirtschaft schlechter aus der Krise hervorgegangen ist als erwartet. Als einziges Land in der EU verknüpft die spanische Regierung die digitale und sozialökologische Transformation dezidiert mit den Zielen der sozialen Kohäsion und der Geschlechtergerechtigkeit.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Solide und vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen sind ein wichtiges Fundament gelebter Demokratie. Die Gewerkschaften als fundamentaler Teil der demokratischen Ordnung sehen sich der schwierigen Aufgabe gegenüber, durch die eigene organisatorische und programmatische Erneuerung zur Revitalisierung der Sozialen Demokratie in Spanien beizutragen. Auch aus gewerkschaftlicher Perspektive bedarf es aktuell großer Anstrengungen für die Modernisierung der Wirtschaftsstruktur, um diese sozial ausgewogener, nachhaltiger und digitaler auszurichten. In der Krise sind die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten des Wirtschafts- und Sozialsystems deutlicher zu Tage getreten.

Die Arbeitsmarktreform, an der beide Gewerkschaften mitgearbeitet haben, und der damit einhergehende Anstieg an Arbeitsverhältnissen werden aber insgesamt als sehr positiv bewertet. Auch die dabei beschlossene Stärkung von Tarifverhandlungen ist im Sinne der Gewerkschaften. Diese bekämpfte die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und förderte dauerhafte und stabile Arbeitsplätze. Zudem entsprechen die Inhalte der Reform den Parametern, die die Europäische Kommission von der spanischen Regierung als Bedingung für den Erhalt von EU-Mitteln für die Modernisierung des Arbeitsmarktes verlangte. Dennoch sei es auch weiterhin notwendig, für einen gerechten, sicheren, produktiveren und modernen Arbeitsmarkt zu kämpfen. Die Gewerkschaften appellieren an die Regierung, die Reform noch weiterzuentwickeln, zum

Beispiel durch ein härteres Vorgehen gegenüber Entlassungen. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit gilt es zu bekämpfen, indem die aktive Beschäftigungspolitik reformiert werden und die Arbeitsaufsichtsbehörde mit den notwendigen materiellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden soll.

---

## GEWERKSCHAFTEN IN SPANIEN – DATEN UND FAKTEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Für die Herausbildung moderner Arbeitsbeziehungen mit freien Gewerkschaften in Spanien ist die Phase der Transición, des allmählichen Übergangs zur Demokratie, die mit dem Tod des Diktators Francisco Franco 1975 einsetzte, entscheidend. Nach 40 Jahren Diktatur wirkten die Gewerkschaften als Protagonisten der Demokratiebewegung an diesem Übergang entscheidend mit. Die Gewerkschaftsbewegung war in den 70er und frühen 80er Jahren nicht geeint, sondern in kommunistische, sozialistische, sozialdemokratisch-katholische, anarchistische und nationalistische Gruppierungen gespalten. Die historische Arbeiter\_innenbewegung, d.h. die Organisationen, die vor 1939 bestanden und den Franquismus im Exil überlebten, setzte sich aus der sozialistischen UGT, der anarchosyndikalistischen CNT und der baskischen ELA-STV zusammen. Die 1888 gegründete Unión General de Trabajadores (UGT) war in ihrer Geschichte stets eng mit der sozialistischen Partei, Partido Socialista Obrero Español (PSOE), verbunden und hat sich mit dieser im Exil und im Zuge der demokratischen Transition ideologisch und organisatorisch in die westeuropäische Sozialdemokratie integriert. In der Zeit ihres Exils war die PSOE in der antifranquistischen Demokratiebewegung wenig präsent und hat weitgehend den Kontakt zur spanischen Arbeiter\_innenschaft verloren. Seit den 1990er Jahren gelang es der UGT sich mit einer sozialdemokratischen Orientierung als eine der beiden Mehrheitsgewerkschaften Spaniens zu konsolidieren. Der anarchosyndikalistischen CNT gelang diese Konsolidierung nicht: Sie hatte im Exil nicht nur den Kontakt zur spanischen Arbeiter\_innenschaft, sondern auch jeden Bezug zur gewandelten kapitalistischen Realität verloren. 1980 spaltete sie sich in CNT-AIT und CGT und ist heute weitgehend in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.

Die neue Arbeiter\_innenbewegung bildete sich in den spontanen Streikbewegungen der sechziger Jahre im Untergrund wie auch in den Basisstrukturen der vertikalen franquistischen Staatsgewerkschaft, der katholischen Kirche und der kommunistischen Partei Spaniens (PCE) als führender Oppositionspartei im Untergrund. Diese Arbeiter\_innenkommissionen (CCOO), zu Beginn kaum mehr als spontane Streik- und Verhandlungskomitees, konsolidierten sich mit der Zeit zur führenden demokratischen Gewerkschaft Spaniens. Zum Zeitpunkt von Francos Tod (1975) waren sie die einzige demokratische Massenorganisation Spaniens. Der politische Niedergang der Kommunisten ging nicht spurlos an ihnen vorbei. Heute sind die Unterschiede zur sozialdemokratischen UGT nur noch graduell und die gewerkschaftliche Praxis hat sich sehr stark angenähert. Zur neuen Arbeiter\_innenbewegung zählt auch eine weitere gewerkschaftliche Organisation: Die Unión Sindical

Obrera (USO) hatte sich an den ersten Arbeiter\_innenkommissionen im Untergrund beteiligt. Sie rekrutierte sich wesentlich aus dem sozialkatholischen Arbeiter\_innenjugendmilieu und orientierte sich ideologisch an einer Mischung aus Selbstverwaltungsozialismus und katholischer Soziallehre. In zwei Abspaltungen 1977 und 1980 verlor sie Mitglieder an die UGT bzw. die CCOO, heute ist sie in wenigen Regionen und Sektoren vertreten.

Eine historische und aktuelle Besonderheit der spanischen Gewerkschaftsbewegung sind die Gewerkschaften auf regionaler Ebene. In einigen Regionen sind die regionalistisch-nationalistischen Gewerkschaften stark. Im Baskenland sind die beiden nationalistischen Gewerkschaften ELA-STV (sozial-katholisch) und LAB (separatistisch) zusammengenommen stärker als UGT und CCOO. In Galizien hat sich die aus mehreren kleinen regionalistischen Gruppen hervorgegangene CIG konsolidiert und ist heute mit den beiden Mehrheitsgewerkschaften gleichauf.

Nach den turbulenten Jahren des demokratischen Übergangs und Konsolidierungsprozesses in den 1970er und 1980er Jahren kann seit Mitte der 1990er Jahre von relativ stabilen institutionalisierten demokratischen Arbeitsbeziehungen gesprochen werden. Seit den 1990er Jahren hat sich in Spanien ein weitreichendes System institutioneller Beteiligung der Sozialpartner in staatlichen Institutionen (Arbeitsämtern, Sozialversicherung, berufliche Weiterbildung, Wirtschafts- und Sozialräten, etc.) entwickelt. Die Gewerkschaften sind dadurch auf allen Ebenen – national, regional, lokal, sektoral – in vielfältige politische Verhandlungsprozesse eingebunden. Die Arbeitsbeziehungen mit den Arbeitgeberverbänden CEOE (Confederación Española de Organizaciones Empresariales) und der Mittelstandsvereinigung CEPYME (Confederación Española de Pequeña y Mediana Empresa) sind fest etabliert.

## GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Zwei große nationale Gewerkschaftsbünde, die sozialdemokratische UGT und die postkommunistischen CCOO, sowie einige regionale Gewerkschaften in Galicien und im Baskenland, dominieren die Gewerkschaftslandschaft in Spanien. In den beiden Dachverbänden sind circa 12,5 Prozent der spani-

schen Arbeitnehmer\_innen organisiert (Angabe OECD 2020). Auf ihren Kongressen 2021 haben UGT und CCOO ihre jeweilige Mitgliedsstärken mit 983 521 (UGT) und 974 471 (CCOO) angegeben. Sie gliedern sich entlang der spanischen Regionen in 19 Landesbezirke. Die schlagkräftigsten Einzelgewerkschaften sind in beiden Dachverbänden die Gewerkschaften für Industrie, Bau und Gebäudedienstleistungen, Banken und private Dienstleistungen sowie öffentliche Dienste. Außerdem finden sich Gewerkschaften für Auszubildende und in der Landwirtschaft Tätige sowie eine separate Organisation für Rentner\_innen in beiden Organisationen. In der UGT gibt es zudem eine Gewerkschaft für Selbstständige (profesionales autónomos), die Ärzt\_innen, Rechtsanwält\_innen, Taxifahrer\_innen sowie die wachsende Gruppe der Selbständigen in der digitalen Arbeitswelt organisiert.

Die spanischen Gewerkschaftsdachverbände sind auch von dem generellen Trend zur Konzentration und Fusion von Einzelverbänden in Europa erfasst. In der UGT reduzierte sich die Zahl der Einzelgewerkschaften von 14 auf fünf, zudem auch der neue Verband der Selbständigen gehört. In den CCOO fusionierten die einst 23 Einzelgewerkschaften zu den aktuellen sieben Verbänden. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern ging die Konzentration auf wenige große Einzelgewerkschaften bislang nicht mit einem Funktionsverlust der Dachverbände einher. Diese bleiben streik- und tariffähig, handeln Rahmentarifverträge aus und beteiligen sich an den vielen tripartistischen Gremien und Verhandlungen auf allen Ebenen. Beide Gewerkschaftsdachverbände engagieren sich seit vielen Jahren stark auf der europäischen Ebene. Die Vorsitzenden von UGT (2003–2007) und CCOO (2011–2015) wurden in das Präsidium des Europäischen Gewerkschaftsbundes gewählt. Der UGT-Vorsitzende Pepe Álvarez ist seit 2019 einer der fünf Vizepräsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

Die Auswirkungen der Corona Krise auf den Mitgliederstand können derzeit noch nicht eingeschätzt werden. Die Wirtschaftskrise 2008 und das gezielt antigewerkschaftliche Krisenmanagement der konservativen Regierungen bewirkten eine deutliche Schwächung der Gewerkschaften und führten zu empfindlichen Mitgliederverlusten. Fast 600 000 Mitglieder verließen in den Krisenjahren die Gewerkschaften. Allgemein geht der Organisationsgrad zurück.

Tabelle 1  
Die wichtigsten nationalen gewerkschaftlichen Dachverbände in Spanien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Comisiones Obreras, CC. OO. (Arbeiter_innenkommissionen)	Vorsitz: Unai Sordo Calvo	972 429	IGB, EGB
Unión General de Trabajadores, UGT (Allgemeine Gewerkschaft der Arbeitnehmer_innen)	Vorsitz: Pepe Álvarez Suárez stv. Vorsitz: Cristina Antoñanzas Peñalva	978 622	IGB, EGB
Unión Sindical Obrera, USO (Gewerkschaftsunion der Arbeiter_innen)	Vorsitz: Joaquín Pérez da Silva	121 041	IGB, EGB

Tabelle 2  
**Die wichtigsten regionalen gewerkschaftlichen Dachverbände in Spanien**

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Euskal Langileen Alkartasuna-Solidaridad de Trabajadores Vascos, ELA-STV (Baskische Arbeiter_innensolidarität)	Vorsitz: Mitxel Lakuntza Vicario	105 312	IGB, EGB
Langile Abertzaleen Batzordeak, LAB (Nationalistisches Arbeiter_innenkomitee, im Baskenland)	Vorsitz: Garbiñe Aranburu	45 000	WGB
Converxencia Intersindical Galega/ Confederación Intersindical Galega, CIG (Galizischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Paulo Carril	k. A.	WGB

Tabelle 3  
**Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Spanien**

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federación de empleados de servicios públicos de UGT, FeSP-UGT (Verband der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der UGT)	UGT	Vorsitz: Julio Lacuerda Castelló	233 700	PSI, EPSU,
Federación de Industria, Construcción y Agro de UGT, UGT FICA (Verband der Industrie, Bau und Landwirtschaft der UGT)	UGT	Vorsitz: Pedro L. Hojas Cancho	k. A.	IndustriAll, IndustriAll Europe, IUF, EFFAT, EPSU
Federación Estatal de Servicios, Movilidad y Consumo de UGT, FeSMC-UGT (Staatliche Föderation für Dienstleistungen, Mobilität und Konsum der UGT)	UGT	Vorsitz: Antonio Oviedo García	250 000	UNI Europa, UNI Global, IUF, EFFAT, ITF, ETF
Federación de Servicios a la Ciudadanía de Comisiones Obreras – FSC-CCOO (Verband der Bürgerdienste (Kommunikation, Verkehr, öffentliche und private Dienstleistungen))	CCOO	Vorsitz: Juana Olmeda Gómez	235 986	IndustriAll, IndustriAll Europe, UNI Europa, UNI Global PSI, EPSU, EuroCOP
Federación de Servicios de CCOO, CCOO-Servicios (Dienstleistungsgewerkschaft der CCOO)	CCOO	Vorsitz: José María Martínez	201 969	IUF, EFFAT

Die starke institutionelle Einbindung der Gewerkschaften in tripartistische soziale Dialoge und staatliche Institutionen gibt den Gewerkschaften zwar Einfluss, Gehör und Zugang zu organisatorischen Ressourcen, hat jedoch auch Auswirkungen auf ihr Image. Als Teil des politischen Systems erleiden sie denselben Vertrauensverlust wie die Politik und bilden zusammen mit den politischen Parteien, Banken und multinationalen Unternehmen die Gruppe des geringsten Vertrauens in der spanischen Gesellschaft. Kleine und mittlere Unternehmen werden dagegen ebenso wie Wissenschaft, Polizei, Militär, Sozialversicherung und Nicht-Regierungsorganisationen positiv bewertet.

### ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaftsfreiheit hat in Spanien Verfassungsrang. Partizipationsrechte der Sozialpartner werden im Arbeiter\_innenstatut (1980) und im Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit (1985) garantiert. Die Vertretungs- und Beteiligungsrechte sind über eine dualistische Interessenvertretung aus gewerkschaftlichen Organen auf betrieblicher wie überbetrieblicher Ebene und den von allen Belegschaften mit mehr als 50 Beschäftigten gewählten Betriebskomitees verankert. In Betrieben ab 250 Beschäftigten sind die Gewerkschaften berechtigt, »Gewerkschaftssektionen« (ähnlich den deutschen Vertrauensleuten)

zu bilden. Im Unterschied zum deutschen »dualen« System sind in Spanien auch die Betriebskomitees und Gewerkschaftssektionen tarif- und streikfähig. Allerdings verfügen sie nicht über Mitwirkungsrechte bei betrieblichen Personalentscheidungen, sondern nur über Konsultationsrechte.

Gewerkschaftliche Wahlen auf der Ebene der Betriebe haben in Spanien eine über den Betrieb hinausgehende Bedeutung: Gewerkschaften, die bei den Wahlen in den Betrieben landesweit über 10 Prozent (UGT und CCOO) oder in einer Region über 15 Prozent der Delegierten (ELA-STV und LAB im Baskenland, CIG in Galizien) erzielen, haben ein Recht zur Vereinbarung von Tarifverträgen, sind in den öffentlichen Institutionen vertretungsberechtigt und haben Zugang zu staatlichen Subventionen. Alle anderen gewerkschaftlichen- und Berufsverbände sind nur in den Betrieben und Sektoren tariffähig, wo sie mehr als 10 Prozent der Delegierten aufweisen können. Die Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen spiegeln die gewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse sehr deutlich wider.

Die transnationale Betriebsarbeit in Europäischen Betriebsräten (EBR) ist allerdings noch nicht sehr stark in Spanien verankert – 2022 sind 17 EBRs in Spanien registriert (in Italien sind es beispielsweise 39, in Deutschland 281).

Die herausragende Bedeutung der Betriebskomitee-Wahlen bei relativ niedrigem Organisationsgrad in Spanien lässt die Charakterisierung als repräsentatives Gewerkschaftsmodell gegenüber einem Mitgliederorganisations-Modell zu. Die spanischen Gewerkschaften gehören zum lateinischen Gewerkschaftsmodell (in Abgrenzung vom angelsächsischen und korporatistischen zentral-/nordeuropäischen Modell). Kennzeichnend für dieses Modell sind niedrige Organisationsgrade, häufige Mobilisierungs- und Streikaktivitäten, fragmentierte politische Richtungsgewerkschaften, konkurrierende Tarifverhandlungsebenen und ein hoher Grad an staatlicher Intervention in die Arbeitsbeziehungen. So legen sie traditionell mehr Wert auf Interessenpolitik, Mobilisierung und gute Wahlergebnisse bei den Betriebskomitee-Wahlen als auf Mitgliederrekrutierung und Organisation. Das Streikrecht ist in Spanien ein in der Verfassung verankertes, kollektiv ausgeübtes individuelles Grundrecht. Die spanischen Gewerkschaften galten lange als streikfreudig, ihre Mobilisierungsfähigkeit überstieg ihren Organisationsgrad. Auch in Spanien macht sich allerdings ein langfristiger Trend nachlassender Streikhäufigkeit bemerkbar.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Mit ihren rund 2 Millionen Mitgliedern, Millionen Wähler\_innenstimmen bei Betriebskomitee-Wahlen und rund 11 Millionen Beschäftigten mit Tarifdeckung bilden die spanischen Gewerkschaften weiterhin die wichtigsten sozialen Organisationen der spanischen Gesellschaft.

Die organisatorischen Kapazitäten der spanischen Gewerkschaften sind durch den geringen Mitgliederstand und niedrige Mitgliedsbeiträge, die sich am gesetzlichen Mindestlohn orientieren, jedoch begrenzt. Die wesentlichen Ressourcen kommen von öffentlichen Zuschüssen (Gesetz zur Förderung

von Verbänden und Stiftungen, Projekte, Bildungsmaßnahmen). Das Personal wird zumeist über freigestellte Betriebsräte rekrutiert.

Die Veränderungen in der spanischen Erwerbsbevölkerung bewirken eine entsprechende Veränderung in der Mitgliederstruktur der Gewerkschaften, mit steigenden Anteilen von höher gebildeten und weiblichen Mitgliedern aus öffentlichen und privaten Dienstleistungsbranchen. Die meisten Verbände haben Quoten in ihren Statuten, die eine weibliche Beteiligung an gewerkschaftlichen Gremien zumindest entsprechend dem weiblichen Mitgliederanteil vorschreiben. Die Gewerkschaften sind bemüht, die wachsende Zahl der »Schein-Selbständigen« zu organisieren. Die UGT gründete einen eigenen Verband für Selbständige, während die CCOO deren Mitgliedschaft in den jeweiligen Branchenverbänden vorziehen. Mit speziellen Dienstleistungen für ausländische Beschäftigte und speziellen Kampagnen in Sektoren mit hohem Anteil an Migrant\_innen, beispielsweise im Hotel- und Gaststättengewerbe, versuchen die Gewerkschaften auch Mitglieder unter den eingewanderten Arbeitnehmer\_innen zu gewinnen – bisher mit begrenztem Erfolg. Unter dem Einfluss der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Erwerbsbevölkerung ist die Mitgliedschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten sehr viel heterogener geworden, auch wenn die Gruppe der älteren Männer in industriellen Großbetrieben und im öffentlichen Dienst noch stark ist. Damit ändern sich auch die Erwartungen und Einstellung der Gewerkschaftsmitglieder, die nun eher Schutz und Service, insbesondere bei Arbeitskonflikten suchen, als dass sie sich zu einem politisch motivierten, dauerhaften Gewerkschaftsbeiritt entscheiden. Die Proteste der vergangenen Jahre im öffentlichen Dienst ebenso wie die neue Frauenbewegung und viele neue, selbstorganisierte betriebliche Basisinitiativen zeigen ein deutliches Potential für weitere gewerkschaftliche Revitalisierung auf.

Die Tarifdeckung ist in Spanien generell hoch, sie liegt bei circa 80 Prozent aller Beschäftigten. Das liegt an der Regel der Allgemeinverbindlichkeit, mit der alle Betriebe automatisch unter den gültigen Branchentarifvertrag fallen. Das Tarifverhandlungssystem verfügt über eine klare Struktur, in der geklärt ist, auf welcher Ebene welche Tarifparteien verhandeln können. Es ist üblich, dass die zentralen Spitzenverbände mehrjährige Rahmentarifverträge unterzeichnen, die nicht nur Lohnleitlinien, sondern auch neue Themen wie Gleichstellung der Geschlechter, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Altersteilzeit, Aus- und Weiterbildung, etc. in die spanische Tariflandschaft eingeführt haben.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Trotz der enormen Belastungen durch die schwerste Gesundheits- und Wirtschaftskrise der jüngeren Geschichte ist das Klima zwischen den Sozialpartnern seit dem Regierungswechsel konstruktiv und von Kompromissbereitschaft gekennzeichnet. Die Ergebnisse dieses Dialogs können sich sehen lassen. Insbesondere durch die Arbeitsmarktreform konnten wichtige Verhandlungsergebnisse für Arbeitnehmer\_innen erzielt werden.

Die zu Beginn der Pandemie im März 2020 verabschiedete Kurzarbeitsregelung der ERTes wurde insgesamt siebenmal bis Ende März 2022 verlängert und in der neuen Arbeitsmarktreform in Form von dauerhaften ERTes weiterentwickelt. Angesichts der Strukturschwäche des spanischen Arbeitsmarktes sind die ERTes eine sehr effiziente Maßnahme zur Beschäftigungssicherung in der Krise. Bis zu 3,7 Millionen Beschäftigte wurden 2020 von ihren Arbeitgebern in diese Kurzarbeit geschickt. Ende Dezember 2021 waren es noch etwa 100000. Nach Expertenschätzungen konnten 2020 so 2,8 Millionen Arbeitsplätze erhalten werden.

Im Januar 2020, 10 Tage nach dem Amtsantritt der Regierung Sánchez II, wurde der Mindestlohn um 14 Euro auf 950 Euro im Monat erhöht. Der flächendeckende Mindestlohn (SMI – Salario Mínimo Interprofesional) war zum 1. Januar 2019 unter der ersten Regierung Sánchez zunächst auf 900 Euro im Monat erhöht worden. Im Januar 2022 erfolgte dann eine weitere Erhöhung auf 1000 Euro im Monat. In Spanien werden üblicherweise 14 Monatsgehälter bezahlt. Der Mindestjahresverdienst liegt also bei 14000 Euro brutto.

Am 29. Mai 2020 wurde das Gesetz zur Schaffung einer Grundsicherung (IMV – ingreso mínimo vital) verabschiedet. Damit sollten 850000 Haushalte (das entspricht 2,3 Millionen Menschen) eine bedarfsorientierte Unterstützung von 462–1015 Euro monatlich erhalten. Erstmals wurde damit eine Art Grundsicherung eingeführt, die der deutschen Sozialhilfe (Hartz IV) ähnelt. Diese wurde 2022 um 3,4 Prozent auf mindestens 492 Euro angehoben. Im Rahmen des Anti-Krisen-Gesetzes zur Bekämpfung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine wurde der IMV bis zum Jahresende 2022 um weitere 15 Prozent erhöht. Zusätzlich wurden die beitragsunabhängigen Renten um den gleichen Prozentsatz erhöht. Zuvor wurden bereits die Mindestrenten, die beitragsfreien Renten und das Mindesteinkommen um 3 Prozent aufgewertet. Weitere Maßnahmen im Rahmen des Gesetzespakets waren Direktbeihilfen in Höhe von 200 Euro für Arbeitnehmer\_innen mit einem Jahreseinkommen von weniger als 14000 Euro, eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom um 5 Prozent, eine Senkung des Preises für Fahrkarten um 50 Prozent, eine Erhöhung der beitragsunabhängigen Renten um 15 Prozent, ein Einfrieren der Preise für Butan-Kanister und eine neue Steuer auf außerordentliche Gewinne von Energieunternehmen.

Am 11. März 2021 gelang es in Spanien als erstem Land in der Europäischen Union ein Gesetz zum Schutz von Plattform-Arbeitnehmer\_innen zu verabschieden. Spanien hat mit 2,6 Prozent der Erwerbsfähigen den höchsten Anteil an Plattform-Arbeitnehmer\_innen in der gesamten EU. Seit mehreren Jahren war es zu Konflikten und Rechtsstreitigkeiten um den Beschäftigungsstatus der Fahrer\_innen und Lieferant\_innen gekommen, bis im September 2020 der Oberste Gerichtshof festlegte, dass es sich um Angestellte und nicht um Selbständige handelt und die verklagten Plattformunternehmen wie Deliveroo, Glovo, Amazon und UberEats dazu verpflichtet, ihren Beschäftigten ordentliche Arbeitsverträge mit Sozialversicherung und arbeitsrechtlichen Garantien zu geben. Daraufhin konnte der Arbeitgeberwiderstand gegen eine arbeitsvertragliche Regulierung gebrochen und das neue Gesetz ausgehandelt wer-

den. Das »Ley Riders« stuft Lieferant\_innen für Konzerne als Arbeitnehmer\_innen (nicht als Selbstständige) ein. Ihnen stehen allgemein geltende Arbeitnehmer\_innenrechte wie beispielsweise die Eingliederung in die Sozialversicherung zu und sie müssen auf die Algorithmen, die ihre Aufträge generieren, auch selbst zugreifen können. Das Gesetz trat Mitte 2021 in Kraft. Die spanischen Gewerkschaften waren bei der Organisation und Beratung der Arbeitnehmer\_innen sehr aktiv. Derzeit wird ein Tarifvertrag zwischen den Gewerkschaften UGT und CCOO und JustEat ausgehandelt.

Zugleich gibt es Bewegung bei einem weiteren zukunftssträchtigen arbeitspolitischen Thema: Die Einführung der 4-Tage-Woche. Auch wenn das staatliche Pilotprojekt aufgrund der russischen Invasion in die Ukraine bis nach dem Sommer verschoben wurde, gibt es erste Versuche auf betrieblicher Ebene, zum Beispiel bei Telefónica España, die von den Gewerkschaften unterstützt werden.

Für Arbeitsministerin Yolanda Díaz ist das Projekt der Arbeitsmarktreform mit der ersten Reform noch nicht abgeschlossen. Die Regierung setzt sich bereits mit Vertreter\_innen der Arbeitgeber sowie der Gewerkschaften zusammen, um weitere Maßnahmen, wie Regelungen für Abfindungszahlungen, Situation von Selbstständigen und Praktikantinnen sowie die Verbesserung in der Arbeitsvermittlung u. a., zu beraten.

Aktuell fordern die Gewerkschaften einen Sozialpakt zur Kontrolle der Unternehmensgewinne und allgemein eine gerechtere Einkommensverteilung durch die Anpassung der Löhne an den Verbraucherpreisindex. Der öffentliche Dienst soll gestärkt und der Mindestlohn an die Inflation angeglichen werden. Sie wünschen sich eine Regierung, die die Kontrollfunktion stärker ausübt und damit die Umsetzung von arbeitsrechtlichen Fortschritten garantiert. Im Herbst 2022 steht die nächste Verhandlungsphase für den Rahmentarifvertrag an. Sollte es keine Einigung geben, werden die Gewerkschaften ihre Mobilisierungskraft nutzen.

**Luise Rürup**, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien, Madrid

## KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:  
Dr. Marc Meinardus  
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika  
[marc.meinardus@fes.de](mailto:marc.meinardus@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.